



Biertäglicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Unterseite aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Expedition: Herrnstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 90. Abend-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 5. Februar 1890.

Der Arbeiterschutz.

Berlin, 4. Februar.

Wie aus den durch Herrn v. Poschinger kürzlich herausgegebenen Actenstücken hervorgeht, ist der Fürst Bismarck schon vor vielen Jahren ein konsequenter Gegner der auf Erweiterung des Arbeiterschutzes gerichteten Bestrebungen gewesen. Er hat für diese Gegnerlichkeit zwei Gründe in das Feld geführt. Zuerst den, daß man der Industrie, die durch eine Reihe von umgestaltenden Gesetzgebungen erschüttert worden sei, einen Zeitraum der Ruhe gönnen müsse. Dieser Grund, als ein dilatorischer aufgesetzt, ließ sich damals, als er vorgebracht wurde (1876), hören. Auch das nüchternste und zweckmäßigste Gesetz erregt während eines Übergangsstadiums stets ein gewisses Gefühl von Unbehagen, und diese Empfindungen des Misshagens steigern sich, wenn die Gesetzgebungsmaschine mit gar zu großer Schnelligkeit arbeitet. Die unabsehbare Notwendigkeit, in dem zehnjährigen Zeitraum von 1868 bis 1876 die verwahllose deutsche Gesetzgebung über Barten, Geld, Maß und Gewicht, Gewerbebetrieb, Heimatsrecht und Rechtspflege auf ganz neuen Grundlagen aufzubauen, hatte eine nervöse Verstimmung hervorgerufen und der Wunsch, daß in die Gesetzgebung ein langsameres Tempo eindringe, war ein allgemeiner. Inzwischen sind aber vierzehn Jahre verflossen; die deutsche Industrie hat inzwischen gezeigt, daß sie noch einschneidende Änderungen zu ertragen vermag, und ein weiterer Aufschub zum Zwecke des Ausruhens ist nicht angemessen.

Der zweite Grund, den Fürst Bismarck geltend macht, war der, daß der Arbeiterschutz, dem es ausschließlich auf die Lohnhöhe ankomme, auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung keinen Werth lege, und daß man durch ein solches Opfer nicht einmal dessen Befriedigung erkaufen werde. Ob es politisch richtig ist, den großen Klassen der Bevölkerung ein Gut, das ihnen gebührt, vorzuenthalten, nur weil sie dessen Werth noch nicht erkennen, will ich heute nicht erörtern. Wenn der Grund früher durchschlagend gewesen sein sollte, so ist er es heute nicht mehr. Der Verlauf der Arbeitsinstellungen hat gezeigt, daß die Arbeiter heute mehr Werth auf Schutzmäßigkeiten als auf hohe Löhne legen, und die Sozialdemokraten im Reichstage haben in demselben Sinne gewirkt. Befriedigung im Arbeiterschutz läßt sich heute vielleicht schneller und umfassender durch Erweiterung der Schutzmäßigkeiten als durch die ganze Kassengesetzgebung herbeiführen.

Alle Parteien des Reichstages haben sich über Vorschläge geeinigt, welche den Frauen und Kindern einen gewissen Schutz gegen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft darbieten. Die Vorschläge sind in hohem Grade maßvoll; sie verlangen nichts, was nicht schon in manchen Gegenenden Deutschlands, namentlich am Niederrhein, durchgeführt worden ist. Sie sind darauf berechnet, die Gejündheit und Kraft der heranwachsenden Generationen vor Verkümmерung sicher zu stellen.

Bisher hat der Bundesrat den von dem Reichstage einstimmig beschlossenen Entwurf stets abgelehnt und, so viel bekannt geworden, ging der Widerstand fast ausschließlich von dem Reichskanzler aus. Auf die einstimmige Ansicht des Reichstages ist nicht einmal so viel Werth gelegt worden, daß der Bundesrat sich auf eine ernsthafte Erörterung eingelassen hätte. Nach dem stattgehabten Wechsel im Handelsministerium tritt nun vielleicht doch ein Wandel in dieser Beziehung ein, zumal von mehrfachen Neuerungen des Kaisers verlaufen, die auch diesen als einen Freund des Arbeiterschutzes erscheinen lassen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Gewerbegerichte,

ersfällt in fünf Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt die Errichtung und Zusammensetzung der Gewerbegeichte, der zweite behandelt das Verfahren, der dritte die Thätigkeit des Gewerbegeichts als Einigungsamt, der vierte das Verfahren vor dem Gemeindevorsteher und der letzte enthält Schlüssebestimmungen.

Der erste Abschnitt bestimmt, daß für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits Gewerbegeichte errichtet werden können und daß diese Errichtung nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung durch Ortsstatut erfolgt. Nach dem genannten Paragraphen können bekanntlich Ortsstatuten die ihnen durch das Gesetz überwiesenen gewerblichen Gegenstände mit verbindlicher Kraft ordnen; sie bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Für den Bezirk eines weiteren Communalverbandes soll die Errichtung nach Maßgabe der Vorschriften erfolgen, nach welchen Angelegenheiten des Verbandes statutarisch geregelt werden. Falls ungewiekt an die beteiligten Gemeinden oder den weiteren Communalverband ergangene Aufforderung die Errichtung auf den vorherbezeichneten Wegen nicht erfolgt ist, so kann auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter die Errichtung durch Anordnung der Landes-Centralbehörde erfolgen. Vor der Errichtung sind sowohl Arbeitgeber als Arbeiter der hauptfächlichen Gewerbezweige und Fabrikbetriebe in entsprechender Anzahl zu hören. Zuständig sollen die Gewerbegeichte sein ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes für Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und Arbeitgebern andererseits über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sowie über die Ablösung oder den Inhalt des Arbeitsverhältnisses oder Zeugnisses, über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse, und über die Bezeichnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wird durch die Zuständigkeit der Gewerbegeichte aufgehoben. Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbegeichte kann auf bestimmte Arten von Gewerbe- oder Fabrikbetrieben, die örtliche auf bestimmte Theile des Gemeindebezirks beschränkt werden. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung des Gerichts sind, soweit sie in dessen Einnahmen ihre Deckung nicht finden, von der Gemeinde oder dem weiteren Communalverband zu tragen. Was die Zusammensetzung des Gerichts betrifft, so soll jedes derselben ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter desselben, sowie mindestens vier Beisitzer berufen werden. Bei Gewerbegeichten, welche aus mehreren Abteilungen bestehen, können mehrere Vorsitzende bestellt werden. Mitglied eines Gewerbegeichts soll nur werden können, wer das dreißigste Lebensjahr vollendet, in den letzten drei Jahren für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen und in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens zwei Jahren Wohnung oder Beschäftigung hat. Personen, welche nach §§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amt eines Schöffen nicht fähig sind, können nicht berufen werden. Der Vorsitzende, sowie dessen Stellvertreter, dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein. Sie sollen durch den Magistrat, oder, wo ein solcher nicht vorhanden ist, oder das Statut oder die Anordnung der Landes-Centralbehörde dies bestimmt, durch die Gemeindevertretung, in weiteren Communalverbänden durch die Vertretung des Verbandes gewählt werden. Die Beisitzer sollen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen, und die ersten mittels Wahl der Arbeitgeber, die letzteren mittels Wahl der Arbeiter bestellt werden. Zur Theilnahme an diesen Wahlen soll nur berechtigt sein, wer das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens zwei Jahren in dem Bezirk des Gewerbegeichts Wohnung oder Beschäftigung hat. Diejenigen Personen, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind, wozu also vor Allem alle Nichtdeutschen gehören würden, sollen nicht wahlberechtigt sein. Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht errichtet ist, sowie deren Arbeiter sind weder wählbar noch wahlberechtigt. Die Art der Wahl und das Verfahren bei derselben soll durch Statut oder Anordnung der Landes-Centralbehörde bestimmt werden. Die Wahl der Vorsitzenden und deren Stellvertreter bedarf der Bestätigung der höheren Verwaltungsbehörde, sämmtliche Wahlen unterliegen ihrer Prüfung, wobei sie diejenigen für ungültig erklären kann, welche gegen das Gesetz oder die auf Grund des Gesetzes erlassene Wahlvorschriften verstößen. Wenn Wahlen überhaupt nicht zu Stande kommen oder wiederholt für ungültig erklärt werden, so soll die höhere Verwalt-

tungsbehörde befugt sein, die Mitglieder zu ernennen. Das Amt der Beisitzer soll ein Ehrenamt sein. Die Beisitzer sollen Vergütung der Reisekosten erhalten, es kann ihnen außerdem durch Statut oder Anordnung der Landes-Centralbehörde eine für Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Vergütung für Zeiterfüllung zugestellt werden. Das Gewerbegeicht soll, soweit nicht im Gesetz etwas Anderes bestimmt ist, in der Befreiung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Präsidenten verhandeln und entscheiden können. Jedoch müssen von den Beisitzern Arbeitgeber und Arbeiter stets in gleicher Zahl zugezogen sein. Bei jedem Gewerbegeicht soll eine Gerichtsschreiberei errichtet werden und für die Bewirtung der Befreiungen sollen an Stelle der Gerichtsvollzieher Gemeindebeamte verwendet werden können.

Nach dem zweiten das Verfahren vor den Schiedsgerichten behandelnden Abschnitt sollen im Allgemeinen auf dasselbe die für das amtsgerichtliche Verfahren geltenden Vorschriften der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung finden. Es sind aber auch noch eine Anzahl besonderer Bestimmungen getroffen worden, aus denen hervorzuhören wären, daß als zuständig dasjenige Gewerbegeicht gelten soll, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung aus dem Arbeitsverhältnis zu erfüllen ist, daß der Vorsitzende jederzeit das persönliche Geschehen der Parteien anordnen kann, daß die Befreiungsaufnahme in der Regel vor dem Gewerbegeicht erfolgen soll, daß das Gewerbegeicht beim Schluß der Verhandlung den Schiedsvertrag vorzunehmen und zu wiederholen hat, daß in dem ersten, auf die Klage angelegten Termine die Auziehung der Beisitzer unterbleiben kann, daß für die Verhandlungen des Rechtsstreits vor den Gewerbegeichten eine einmalige Gebühr nach dem Werthe des Streitgegenstandes erhoben werden soll und zwar bei einem Gegenstande im Werthe bis zu 20 Mark einschließlich 1 Mark, von mehr als 20 Mark bis 50 Mark 1,50 Mark, von mehr als 50 bis 100 Mark 3 Mark und dann von 100 zu 100 Mark 3 Mark mehr bis zum Höchstbetrage von 30 Mark und daß die ordentlichen Gerichte nach Maßgabe der Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes den Gewerbegeichten Rechtschafe zu leisten haben.

Im dritten Abschnitt wird die Thätigkeit des Gewerbegeichts als Einigungsamt behandelt. Danach kann das Gewerbegeicht in Fällen von Streitigkeiten, welche zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstehen, als Einigungsamt angerufen werden. Der Anrufung ist Folge zu geben, wenn sie von beiden Theilen erfolgt und die beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber, letztere sofern ihre Zahl mehr als drei beträgt, Vertreter bestellen, welche mit der Verhandlung vor dem Einigungsamt beauftragt werden. Als Vertreter können nur Beteiligte bestellt werden, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, sich im Beiseite der bürgerlichen Ehrenacht befinden und nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. Das Gewerbegeicht, welches als Einigungsamt thätig wird, soll neben dem Vorsitzenden mit vier Beisitzern, Arbeitgeber und Arbeitern in gleicher Zahl bestellt sein. Das Einigungsamt kann sich durch Zugabe von Bertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl ergänzen. Dies muß geschehen, wenn es von den Vertretern beider Theile unter Bezeichnung der zuzuziehenden Bertrauensmänner beantragt wird. Die Beisitzer und Bertrauensmänner dürfen nicht zu den Beteiligten gehören, befinden sich unter den Beisitzern unbeteiligte Arbeitgeber und Arbeiter nicht in genügender Zahl, so werden die fehlenden durch Bertrauensmänner ersetzt, welche von den Vertretern der Arbeitgeber bzw. der Arbeiter zu wählen sind. Das Einigungsamt hat durch Vernehmung der Vertreter beider Theile die Streitigkeiten und die für die Beurteilung derselben in Betracht kommenden Verhältnisse festzustellen. Es ist befugt zur Aufklärung der letzteren Auskunftspersonen vorzuladen und zu vernehmen. Jeder Beisitzer und Bertrauensmann steht das Recht zu, durch den Vorsitzenden Fragen an die Vertreter und Auskunftspersonen zu richten. Nach erfolgter Klärung der Verhältnisse ist in gemeinsamer Verhandlung einem jedem Theile Gelegenheit zu geben, sich über das Vorbringen des andern Theiles, sowie über die vorliegenden Auslagen der Auskunftspersonen zu äußern. Demnächst findet ein Einigungsversuch zwischen den streitenden Theilen statt. Kommt eine Vereinbarung zu Stande, so ist der Inhalt derselben durch eine von sämmtlichen Mitgliedern des Einigungsamtes und von den Vertretern beider Theile zu unterzeichnende Bekanntmachung zu veröffentlichen; kommt eine Vereinbarung nicht zu Stande, so hat das Einigungsamt einen Schiedspruch abzugeben, welcher sich auf alle zwischen den Parteien streitigen Fragen zu erstrecken hat. Die Beschlusffassung über den Schiedspruch erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Stehen bei der Beschlusffassung über den Schiedspruch die Stimmen sämmtlicher für die Arbeitgeber zugesagten Beisitzer und Ver-

Jessamine.

Nachdruck verboten.

Von Helene v. Göhendorff-Grabowski. [38]

„Sie sollen Alles erfahren, Mr. Harvay, zu meiner Rechtfertigung. Aber nicht jetzt und hier. Ich gestattete Ihnen bereits so viel Freiheit. Noch sind Sie mein Gefangener!“

„Jedes Ihrer guten Worte gehauft mich daran, wie viel ich Ihnen zu danken habe, Miss Aram. Was wäre aus mir geworden, wenn Sie nicht, selbst kaum von schwerer Krankheit genesen, sich geachtet des Geredes der Leute meiner erbarmt hätten und, als untreit die Arzte daran zweifelten, daß ich je wieder meine volle Belebung erhielte, unerschütterlich an der Hoffnung festhielten. Wie pflegenden Freunde Weston ein Heim in ihrem Paradies Aramhall geboten und in Gemeinschaft mit Lady Wilmot und meinem treuen Freunden alles thaten, mich aus der mich umgebenden Geistesnacht zu gesundet, darf ich nicht länger in Unthätigkeit meine Tage verbringen und muß zurückkehren nach London, wohin mich unbedeutete Arbeiten aufzunehmen, mein Freund! Wozu auch? Ein Lorbeerkrantz genügt vor der Hand. Sie haben das hohe Ziel, welches Ihr Ehrgeiz sich füglich in ruhigere Bahnen einlenken.“

Roland Harvay wollte antworten, da zeigte sich des Malers freundliches Antlitz in der Offnung der Blätterlaube. „Müß ich nicht ihn und Sie schelten, Miss Aram?! Das ganze Haus ist in Aufregung über Harvays Verschwinden. Und Du, mein Junge, was für ein thörichter Streich war diese Morgenpromenade! Fühlst Du Dich denn schon so völlig genesen?“

„Ich weiß es nicht, Bob! — Ich wandele wie im Traume. Aber mein Kopf schmerzt und die Füße wollen mich noch nicht recht

„Stütze Dich auf mich. So! Dort kommt ja auch unser lieber Colonel mit seiner Gemahlin.“

Aramhall hatte heute einen ganz feiertäglichen Anstrich. Die Frühstückstafel war durch Clarissa Wilmot mit Blumen geschmückt worden; Rolands reichlich mit Grün und blühenden Zweigen umflockter Stuhl glich einem Triumphatorst. Süßer Duft und freund-

liche Sonnenstrahlen umspielten des jungen Lehrers blasses Gesicht. Er sah angegrisen aus, als habe die Anstrengung des Morgens seine Kräfte überschritten. Auch Jessamine erschien wie müde, obwohl sie Mühe gab, in das heitere Gespräch der anderen einzustimmen. Ihre Gedanken beschäftigten sich unablässig mit der Zukunft. Sie fühlte es, daß Roland Aramhall zu verlassen gedachte, und fragte sich, was danach aus ihrem Leben werden sollte. Obwohl sie einander liebten — Harvay's Abschiedsbrief mußte sie dessen immer wieder verschieren, es war ihre allabendliche Lektüre vor dem Einschlafen — schienen ihre Lebenswege stets aufs Neue auseinander zu laufen. Und Roland schien, das war das Schlimmste, nichts anderes vom Schicksal zu erwarten und zu erwünschen.

Den Nachmittag und Abend verbrachte der junge Lehrer in seinen Zimmern; er bedurfte der Ruhe, um wieder Kräfte zu sammeln, aber zu schlafen vermochte er nicht, so sehr Mr. Weston dazu riet.

„Zu Vieles liegt mir im Sinn, Bob,“ sagte er. „Bedenke doch mein eigenhümliches Geschick. Immer wieder greift diese Frau in mein Leben ein; immer wieder werde ich aus meiner Bahn gedrängt und in neue seelische Conflikte geschleudert. Wie energisch arbeite ich daran, mich innerlich und äußerlich von der Vergangenheit frei zu machen. Und was half es mir? Heute bin ich unfreier, als damals, da meine Hand die Gartentüre jenes kleinen Hauses Flamingtonstreet Nr. 5 zum ersten Mal berührte. Ich glaube daran, daß ein höherer Wille uns regiert, aber es macht mich unglücklich, denselben nicht besser zu verstehen.“

„Möchtest Du es nicht einmal mit der Geduld versuchen, Roland? Wer glaubt, sollte es können, meine ich,“ sagte der gute Bob, sich über das Ruhebett des Freunde neigend. „Warte ab! Vielleicht sieht Du dann den Dir vorgezeichneten Weg in klarerem Licht.“

„Es geht nicht, mein Bursche, denn hier kann ich nicht bleiben. Jeder Tag, den ich mit Bewußtsein in Jessamines Nähe zubringe, ist ein Verfolger, dessen lockende Stimme mich mir selbst unterzu machen versucht.“

„Mir scheint, Du quälst Dich und Jessamine recht unnütz,“ meinte Mr. Weston, eifrig bemüht, aus seinem langen blonden Vollbart einen Zopf zu schleifen. „Du liebst sie, hast unzweiflame Beweise davon empfangen, daß Dein Gefühl erwidert wird.“

„Erlaube einmal, Bob; letzteres habe ich nicht. Du kennst Miss Aram nicht, wie ich sie kenne, und misdeutest deshalb die Motive ihres Handelns. Lediglich das Gefühl, mir ein großes Unrecht getan und das Unglück meines Lebens theilweise verschuldet zu haben,

trieb sie an, sich zu opfern in dieser allerdings unvergleichlich selbstlosen, großherzigen Weise. Hätte sie mir nicht dienen dürfen, wie es geschah, wäre sie unter der Last der Selbstvorwürfe, unter dem Druck der „unbezahlt Schuld“ zu Grunde gegangen.“

„Recht schön, Roland! Ich gebe zu, daß Stolz, Gerechtigkeitssinn und was Du sonst noch willst, an Jessamines Handlungsweise ihren Anteil hatten, aber meinst Du, sie hätte es vollbracht, ihr Leben so völlig in dem Deinigen aufzugehen zu lassen ohne die Liebe? Der Frauencharakter war von jeher eine terra incognita für Dich, und dann sahest Du Jessamine nicht, wie ich, wie wir Alle sie sahen: an Deinem Krankenlager; sonst hätte sich Dein Auge dennoch der Wahrheit nicht länger zu verschließen vermocht.“

Mit einem Seufzer der Ungeduld wendete sich Roland Harvay auf seinem Ruhebett um. „Du meinst es gut, Bob,“ sagte er, „aber ich darf Dich nicht länger anhören. Beenden wir dieses Gespräch. Auf jenem Tisch liegen einige, schon vor Wochen eingetroffene Geschäftsbriebe, welche dringend der Erledigung bedürfen. Willst Du die Arbeit für mich thun?“

„Mit Freuden! Wie ich sehe, ist ein Schreiben aus Spanien dabei. Wen in aller Welt hast Du in Sevilla?“

„Der Brief enthält eine Aufforderung, die Direction des neu gegründeten internationalen Lehrinstitutes in Sevilla zu übernehmen. Meine ziemlich gut beleumdeten pädagogischen Überzeugungen aus dem Spanischen tragen wohl die Schuld daran, daß man sich eingehend nach mir erkundigte.“

„Natürlich kann von einer Berücksichtigung dieser Offerte keine Rede sein, Roland, ich werde sie also dankend ablehnen.“

„Nicht so schnell, Robert! Ich weiß noch nicht, was ich thue, will mir also den Weg nicht ganz abschneiden. Beantworte alle Briefe dahin, daß mein Gefühlszustand es mir zur Zeit noch nicht gestatte, irgend welche Verpflichtungen einzugehen oder Entscheidungen zu treffen. Sieh' aber nicht so desperat aus, lieber Junge. Ich werde reislich nach allen Seiten hin erwägen, was das Rechte ist, und erst dann handeln. Freuen wir uns vorläufig der „Stille nach dem Sturm“.“

Mr. Roland Harvay hatte Miss Aram um eine Unterredung gebeten und war sofort empfangen worden. Niemand als die alte Priscilla befand sich bei Jessamine; sie begrüßte den jungen Lehrer nur durch einen Blick, aus dem ihr ganzes liebevolles Herz hervorleuchtete, und zog sich dann in's Baderzimmer zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Krautensmänner denjenigen sämmtlicher für die Arbeiter zugezogenen gegenüber, so kann der Vorsitzende sich seiner Stimme enthalten und feststellen, daß ein Schiedsspruch nicht zu Stande gekommen ist. Ist ein Schiedsspruch zu Stande gekommen, so ist derselbe den Vertretern beider Theile mit der Auforderung zu eröffnen, sich binnen einer zu bestimmten Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Die Nichtabgabe der Erklärung binnen der bestimmten Frist gilt als Absehung der Unterwerfung. Nach Ablauf der Frist hat das Einigungsamt eine von sämmtlichen Mitgliedern derselben unterzeichnete öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, welche den abgegebenen Schiedsspruch und die darauf abgegebenen Erklärungen der Parteien enthält. Ist weder eine Vereinbarung, noch ein Schiedsspruch zu Stande gekommen, so ist dies von dem Vorsitzenden des Einigungsamtes öffentlich bekannt zu machen.

In dem vierten, das Verfahren vor dem Gemeindevorsteher behandelnden Abschnitt wird bestimmt, daß, wenn ein zuständiges Gewerbege richt nicht vorhanden ist, bei allen im ersten Abschnitt bezeichneten Streitigkeiten mit Ausnahme derjenigen über die Leistungen und Entschädigungs-Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse einer jeden Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsitzender der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher u. s. w.) nachzuführen kann. Die Entscheidung des Gemeindevorstechers, die schriftlich abzusuchen ist, geht in Rechtskraft über, wenn nicht binnen einer Frist von zehn Tagen von einer der Parteien Klage bei den ordentlichen Gerichten erhoben wird. Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung dieser Geschäfte mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevorstellung auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist öffentlich bekannt zu machen. Au Stelle des Gemeindevorstechers kann durch Anordnung der Landeszentralbehörde ein zur Vornahme von Sühneverhandlungen über streitige Rechtsangelegenheiten staatlich bestelltes Organ mit Wahrnehmung dieser Geschäfte beauftragt werden. Auch diese Anordnung ist öffentlich bekannt zu machen.

Nach dem Schlussabschluß sollen die Bestimmungen des Gesetzes beim Anwendung finden auf Streitigkeiten der Vorstände der Reichs- und Staatsdruckerei, der staatlichen Münzanstalten, sowie der unter der Militär- oder Marineverwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern. Der § 120 der Gewerbeordnung, nach welchem bekanntlich schon jetzt durch Ortsstatut Schiedsgerichte mit der Entscheidung bestimmter Streitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden mit ihren Arbeitern errichtet werden können, soll aufgehoben werden. Die auf Grund dieses Paragraphen errichteten Schiedsgerichte gelten jedoch als Gewerbegerichte im Sinne dieses Gesetzes, nur sind die nötigen Aenderungen vorzunehmen. Die Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte erledigt durch das Gesetz eine Einschränkung. Streitigkeiten, welche vor Errichtung von Gewerbegerichten abhängig gemacht wurden, sollen von den bis dahin zuständig gewesenen Behörden erledigt werden. Welche Verbände als weitere Communalverbände im Sinne dieses Gesetzes anzusehen sind, von welchen Organen der Gemeinden und weiteren Communalverbänden die Statuten über die Errichtung von Gewerbegerichten zu beschließen sind, soll von den Centralbehörden der Bundesstaaten bestimmt werden.

Deutschland.

Berlin, 4. Februar. [Tages-Chronik.] In Bochum stand am Sonntag eine Versammlung der Bergarbeiter statt, welche über die Wahlfrage beriet und beschloß, an der Candidatur des Bergmanns Bringewald festzuhalten. Die Candidatur des Frhrn. v. Schorlemer-Alst wurde mit Entschiedenheit abgelehnt, weil die Bergarbeiter unmöglich einen Mann in den Reichstag wählen könnten, der für die Getreidezölle gestimmt habe.

Als zweiter Bürgermeister für Charlottenburg ist Stadtalrath Büchtemann in Danzig, ein Bruder des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten, bestätigt worden.

Wie der „B. B.-Ztg.“ mitgetheilt wird, sind die Lose zur ersten Klasse der „Schlossfreiheits-Lotterie“ von der Reichsdruckerei früher, als es ursprünglich in Aussicht genommen war, fertiggestellt worden, sodass die Ausgabe derselben bereits etwa eine Woche vor dem im Prospekte vorgesehenen Termine beginnen wird. Die Ziehung der ersten Klasse findet am 17. März statt.

Berlin, 4. Februar. [Berliner Neuigkeiten.] Der nach Veruntreuung einer großen Summe flüchtig gewordene Buchhalter Carlos Otto Halsfeld, welcher einen für eine hiesige Exportfirma bestimmten Prinzwchsel über 1200 Mark untergeschlagen und bei einem Hamburger Bankhaus mit Erfolg zur Zahlung präsentiert hat, ist, wie jetzt der geschädigte Firmen aus Hamburg gemeldet worden ist, von dort mit der unverhohlenen Käthe Blac nach Hagen in Westfalen, dem Geburtsorte seiner Begleiterin, gereist und hat die leichtere dort führen lassen. Von Hagen ist der Defraudant nach Hamburg zurückgekehrt, und bat dort, wie fest-

gestellt ist, die Bekanntmachung einer anderen Frauensperson gemacht, mit der er dann an einem der letzten Tage der vergangenen Woche abgereist ist. Böhin der Flüchtling sich gewandt hat, ist bisher noch nicht ermittelt worden; so viel steht fest, dass er noch auf dem Continent weilen muss. Überall, wo der Gauner gesessen worden ist, hat er durch seine ans Unzulässliche streifende Freiheit zu imponieren gewusst.

„Sie haben wohl die Güte, . . . mir den Hals abzuschneiden“ — mit diesen Worten betrat am vorgestrittenen Tage der Besitzer eines der bedeutendsten Woll- und Weißwaren-Geschäfte auf dem Geundbrunnen den Laden eines in der Nachbarschaft wohnenden Heilgehilfen L., dessen Kunde der Kaufmann war. Der Barbier, im Glauben, dass der ihm schon seit Jahren bekannte Herr schwere und rastlos zu sein wünsche, forderte ihn auf, Platz zu nehmen; als er sich aber dem auf dem Stuhle Sitzenden näherte, um ihm einzusehen, sprang der sonderbare Kunde plötzlich auf, ergriß einen schweren eichenen Stuhl, und mit diesem an den Heilgehilfen eindringend, wiederholte er die Forderung, ihm alsbald den Hals abzuschneiden, da es ihm sonst selbst ans Leben ginge! Nun erst sah der Bediente, dass er es mit einem Wahnsinnigen zu thun habe, und da er dem starken, kräftigen Mann gegenüber wenig Chancen auf Überwältigung derselben hatte, so versuchte er es mit List, erklärte sich damit einverstanden, Jener den Hals abzuschneiden, und ging mit den Worten ins Nebenzimmer, das er dazu erst ein stärkeres Messer suchen müsse. — Von hier aus schickte er seine in der Küche befindliche Frau nach einem benachbarten Neubau, und bald darauf führte dieselbe mit fünf kräftigen Arbeitern zurück, welche den Wahnsinnigen dingfest machten und trotz verzweifelter Gegenwehr nach seiner Behandlung zurückzuführen, von wo aus der Unglüdliche, bei dem der Irssinn plötzlich zum Ansbruch gelangt war, nach einem Krankenhaus überführt wurde.

— Lübeck, 3. Februar. [Proces gegen die früheren Beamten der Lübecker Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Biermann und Meyer.] Vor der Strafkammer II des Lübecker Landgerichts begann heute der Strafproces gegen den früheren Director der Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft Emil Eugen Guido Biermann und den früheren Ober-Inspector derselben Gesellschaft Eduard Otto Meyer wegen Vergehen gegen Art. 249 d. des Reichsgesetzes, betr. die Actiengesellschaften und Beträgen. Die im Jahre 1871 gegründete Lübecker Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, eine Actien-Gesellschaft mit einem Grundkapital von anfänglich 1 500 000 M. seit 1874 3 000 000 M., wovon 20 p.C. bar eingezahlt sind, verteilt an Dividenden für die Geschäftsjahre 1872 7 p.C., 1873 6 p.C., 1874 5 p.C., 1875 3 p.C. Die Jahre 1875 und 1877 bis 1882 gaben keine Dividende. Das Geschäftsjahr 1882 schloß mit einem Reingewinn von 317 09 M. ab, welcher auf Capital-Reserve-Konto übertragen wurde. Dieses Konto stellte sich hierauf auf 980,89 Mark. Im Jahre 1883 trat der Angeklagte Biermann als Director ein. Derselbe erwirkte, dass die Actionäre 200 000 (200 M. pro Aktie) a fonds perdu zahlten. Von dieser Einzahlung wurden nach den Angaben des Jahresberichts für 1883 72 172,45 M. zur Verstärkung der Prämien- und Schadens-Reserven, der Rest zu Abschreibungen benutzt. Es wurden dann in den folgenden Jahren an Dividenden verteilt:

1884 5 p.C. = 30 000 Mark,
1885 7 = 42 000 =
1886 8 = 48 000 =
1887 8 = 48 000 =

insgesamt 168 000 Mark.

Der Cours der Aktien, welche in der Zeit von November 1883 bis März 1884 vor der damals erfolgten a fonds perdu-Zahlung für 275 M. bis 300 M. kauft waren, stieg auf 850 M. je zeitweise 900 M. per Stück.

Die von dem Nachfolger Biermann aufgestellte Abrechnung für 1883 schließt mit einem Verlust von 85 248 M. 89 Pf. ab. Derselbe ist aus dem Capital-Reserve-Konto gedeckt. Dieses Konto stellt sich hierauf auf 4751 M. 19 Pf. gegen 980 M. 89 Pf. in 1882.

Es wird nun dem Angeklagten Biermanns zur Last gelegt, dass er wissentlich in seinen für die Jahre 1886 und 1887 gegebenen Darstellungen und Übersichten über den Vermögensstand der Lübecker — auf die früheren Jahre hat die Untersuchung sich nicht erstreckt — den Stand der Vermögenslage der Gesellschaft unwahr dargestellt oder verschleiert habe (Art. 249 d. unter 1 des Reichsgesetzes, betr. die Commoditygesellschaften auf Aktien und die Actiengesellschaften). Die Jahresrechnung und Bilanz muss nach den Statuten der Lübecker innerhalb der nächsten sechs Monate nach Beendigung des Rechnungsjahrs, welches mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, aufgestellt werden. Da jedoch nach den Concessionsbedingungen für Preußen die Abrechnungen für das Vorjahr immer vor dem 1. März der Regierung vorgelegt werden müssen, so erfolgen die Abschlüsse im Laufe des März. Biermann soll nun zunächst im März 1887 den Abschluss für 1886 dadurch in ungerechtfertigter Weise verbessert haben, dass er 30 000 Mark ohne jede Unterlage für von General-Agenturen und Versicherungs-Gesellschaften noch zu erwartende Prämien pro 31. December 1886 in Einzahlung stellte und diesen Posten im Conto-Correntbuch ganz willkürlich per 31. December 1885 auf 14 Conten belastend vertheilen ließ und dass er ferner das allgemeine Unfonds-Konto um 8300 M. welche wieder ganz willkürlich auf die Conten 19 verschiedene General-Agenturen vertheilt wurden, entlastete. Den Abschluss für 1887 soll B. dadurch verbessert haben, dass er 74 808 M. 07 Pf. Prämien-Einnahmen aus 1888 in 1887 und 20 975 M. 63 Pf.

Kleine Chronik.

Die feierliche Einführung des preußischen Freicorps der Böhmer in der Kirche zu Rogau in Schlesien, der Theodor Körner sein erhebendes Lied: „Wir treten hier in Gottes Haus“ — Mit frohem Muß zusammen“ gewidmet hat, beschreibt der im „Bär“ veröffentlichte achtjährige Bericht, welchen der Magistrat zu Böthen an den Magistrat zu Schweidnitz unmittelbar nach der heiligen Handlung sandte, mit folgenden Worten: „Böthen, den 28. März 1813. Gestern wurden die Feierlichkeiten wegen Bereidigung der zum Königlichen Freicorps gehörigen Truppen in der evangelischen Kirche zu Rogau begangen. Es hatte sich zu diesem Besuch sämmtliche Infanterie im biesigen Städtchen versammelt, und gegen 6 Uhr des Abends marschierte dieselbe unter dem Geläute sämmtlicher Glocken und Fehnmusik, welche lebhafte vom biesigen Bürger Dominik und anderen Bürgermitgliedern aufgeführt wurde, in der schönsten Ordnung und mit feierlicher Stille von hier ab nach Rogau. In letzterem Orte schloss sich die dafelbst stehende Cavallerie, bestehend aus zwei Escadrons, an. Umgangs 1200 Mann stark, zogen sie in die evangelische Kirche, in welcher das Lied, von dem wir ein Exemplar beilegen, mit vollstimmiger Musik von sämmtlichen Truppen gesungen wurde. (Das Lied ist das Eingangs erwähnte von Theodor Körner.) Der würdige Pastor, Herr Peters, hielt eine kraftvolle, dem Gegenstande der Sache angemessene Rede, welcher die Bereidigung der Truppen selbst durch den Herrn Major von Lützen folgte. Hieraus erscholt ein feierliches, von mehr als 1000 Stimmen begleitetes Rufen: „Es lebe Se. Königliche Majestät von Preußen.“ Dieses und das Geißlirr der Säbel in der erleuchteten Kirche machte einen erhabenen Eindruck auf die Herzen der Zuschauer. Inzwischen hatten sich die biesigen Bürger versammelt und sich mit liegenden Fahnen unter Anführung des Magistrats bis an die Böthener und Rogauer Grenze begeben, wo die jungen Krieger erwartet und mit Pauken- und Trompeten-Schall begrüßt wurden. Die Bürgerschaft führte die jungen Krieger unter Begleitung einer Fehnmusik und Abfeuerung der vor dem Schweidnitzer Thore aufgestellten Böller in die Stadt zurück, wo sie durch eine Erleuchtung überrascht und unter lautem Bivouaten empfangen wurden. Das Bürgercorps stellte sich auf dem Ringe in eine Linie und begrüßte die vorbeiziehenden Truppen unter Schwenzlung der Fahnen mit Bivouaten, welches von den Truppen selbst erwider wurde. Alles dieses machte einen tiefen Eindruck auf die Bürger und jungen Krieger. Nachdem nun sämmtliche Truppen bis auf eine Compagnie, die nach Striegelmühle und Bautzitz zurückging, sich eingekwartiert hatten, brachte die Bürgerschaft auf dem Ringe Sr. Königl. Majestät, sowie dem commandirenden Hauptmann, Herrn v. Helmestreich, den sämmtlichen Offizieren ein feierliches Bivat, und jeder verfügte sich dann in den größten Ordnung nach Hause. Die sämmtlichen hier beständlichen Offiziere wurden mit einem Abendbrote bewirthet, und erst nach 1 Uhr gingen sie nach Hause. Früh gegen 5 Uhr riefen die Trommeln und das Horn die jungen Krieger zu ihrer fünftigen Bestimmung, und zwischen 8 und 9 Uhr verließen sie unter dem Geläute aller Glocken unsere Stadt. Vor dem Schweidnitzer Thore hatte sich die Bürgerschaft mit liegenden Fahnen und einer Fehnmusik versammelt, wo man sich ein wechselseitiges Lebewohl zueinte. Ob nun zwar die Bürger und Einwohner durch die überlegene Einquartierung gesittet und sie durch den Abmarsch des Corps von einer großen Last befreit wurden, so sind beim Abschiede doch manche wechselseitige Thränen geflossen, welche als hinlängliche Beweise dienen, dass wechselseitige Eintracht und Zuvielenheit, die wir uns für die größte Belohnung achten, geherrscht. Zugleich müssen wir noch anführen, dass das Corps uns 22 Kräfte zurückgelassen, für deren Verpflegung wir nicht nur Sorge

tragen, sondern zugleich uns bemühen werden, die Kosten durch milde Beiträge zu bestreiten, indem wir bereits 15 Thaler Courant und 10 Thaler Conv.-M. gesammelt und dafür bereits acht Stück Decken angeschafft haben. Wir brauchen jedoch noch mehrere Decken und manche zur Verpflegung der Krautens nothwendige Sachen, wegen welcher wir Euer Wohlgeboren ganz geborjanst bitten wollen: „die Bürgerschaft zu Schweidnitz zu einges milden Beiträgen gefällig aufzufordern“. Wir werden über die zweckmäßige Verwendung derselben mit der Zeit Rechnung ablegen. Der Magistrat.“

Die Kathedrale von Sevilla. Bekanntlich stürzte im Sommer 1888 einer der Hauptpfeiler im Mittelschiff der Kathedrale ein, einen Theil des Gewölbes mit sich herunterreiend; auch die der schadhaften Stelle zunächst gelegenen Pfeiler drohten zu weichen. Es ist nunmehr durch Untermauerungen und großartige Stützungen gelungen, ein weiteres Nachstürzen zu verhindern. Zur Zeit ist man damit beschäftigt, den zuerst schadhaft gewordenen Pfeiler, nachdem man ihn ganz und gar abgetragen, von Grund aus neu aufzumachen. Gleichzeitig dat man andere Reparaturen an dem Dom vorgenommen und vor Atem das berühmte Portal San Cristobal's, welches bisher noch unvollendet war, fertig gestellt.

Ein Andenken an die Schlacht von Lüthen. Dem in Wien im vorigen Jahre neu begründeten Heeresmuseum wurde vom österreichisch-ungarischen Reichs-Kriegsministerium das Befehlschreiben des Herzogs Albrecht von Mecklenburg (Wallenstein) an den in der Schlacht bei Lüthen gefallenen Feldmarschall Gottfried Graf von Pappenheim sammt der Ordre de bataille (seide Schriftstücke mit dem Blute Pappenheims getränkt) überwiesen.

Aberglaube. Der Kirchenvorstand von Jöhoe hat der „Kieler Ztg.“ zufolge folgenden Beschluss gefasst: „In Anlass eines in kurzer Zeit bereits zweimal vorgekommenen Vorfalls, das die Ausgrabung einer erst vor Kurzem beendigten Leiche von den Angehörigen beantragt ist, weil vermeintlich die Leiche mit Wäschestücken, in denen noch Namenszüge oder Buchstaben sich befinden haben, bekleidet gewesen, beschließt der Kirchenvorstand, dass ähnlichen Anträgen mit der nämlichen Begründung nicht mehr stattgegeben werden soll.“ Im Volke lebt dort nämlich noch der Aberglaube, dass der Todte keine Ruhe im Grabe habe, wenn nicht vorher die Namenszüge aus der Wäsche herausgeschnitten worden sind.

Der Sarg eines Millionärs. In Wilmington, Massachusetts (Vereinigte Staaten) starb vor Kurzem der Millionär Dr. Hiller, ein aus Mannheim gebürtiger Arzt, welcher mit einer Engländerin, die ebenfalls Medicin studiert hatte, verheiratet war. Frau Hiller empfand schon von frühesten Kindheit an eine eigenartliche Furcht, nicht vor dem Tode, sondern vor der Verwesung; doch konnte sie sich auch nicht mit der Leichenverbrennung befriedigen. Sie teilte ihre Gefühle ihrem Gatten mit, und vor drei Jahren einigten sich beide darin, sich im Vorraus recht schöne und haltbare „Totenwohnungen“ herzustellen zu lassen. Beider Särge bestehen aus spanischem Mahagoniholz, das mit Messing belegt ist. Auf dem Deckel erblickt man einen nach der Natur geschnittenen Menschenkopf, um welchen sich zwei Reben ranken. Aus den Augenhöhlen des Schädels friecht eine grausig ausliegende Eidechse; rings umher sieht man eine Anzahl Larven, und im Hintergrunde ist eine untergebende Sonne zu erkennen. In jeder Ecke befinden sich Sprüche in Versen. Das Gefäß an den verschiedenen Seitenwänden ist mit Eulen, Schlangen und Würmern geschmückt. Zu Häupten und zu Füßen sind Blumensträuße und Drachen angebracht. Jeder der Särge kostet mehr als 30000 Dollars. Es ist an

Prämien-Abgaben an die Rückversicherer aus 1887, in 1888 verschob, somit das er ferner die Schadensfall-Reserve um 24 967 M. 65 Pf. zu gering einstellt. Das Motiv für die Handlungswise Biermanns wird theils darin gesucht, dass er sich durch günstige Abschlüsse unter schwierigen Verhältnissen einen Namen machen wollte, welcher ihm bei sich bietende Gelegenheit es erleichtere, sich zu einer besser dotirten Directorenstelle aufzuschwingen, theils in seinem Actienbesitz — er hatte 1883 50 Actien erworben, welche er bis auf 15 zu hohen Coursen wieder veräußert hat — theils endlich in der Tantöme, welche er durch die Verbesserung der Abschlüsse erzielte. — Außer dem Vergehen gegen das Actiengesetz werden Biermann noch eine Reihe von Beträgen auf Last gelegt, welche er in Gemeinschaft mit Meyer in der Weise begangen haben soll, dass er nach erlangter Kenntnis von Brandschäden noch Rückdeckung für die betroffenen Risiken bei den Rückversicherern der Lübecker nahm, wobei selbstverständlich die Brandschäden verschwanden und die Rückversicherungen auf eine mehr oder weniger lange Zeit vor dem Brande genommen wurden. Die Sitzung wird um 10 Uhr eröffnet. Den Vorfall führt Präsidium Hoppenstedt, Staatsanwalt Dr. Schön. Beithändiger Dr. Friedmann-Berlin und Dr. Görz-Bübed für Biermann und Dr. Stoos (Officialbeithändiger für Meyer). Einige 20 Zeugen und 5 Sachverständige sind zu instruieren. Es wird zunächst gegen Biermann wegen falscher Bilanzen allein verhandelt. Angeklagter erklärt sich für vermögenslos. Derselbe bestreitet es entschieden, falsche Bilanzen aufgestellt zu haben. Er behauptet aber, dass die von seinem Nachfolger aufgestellte Bilanz 1888, welche mit einem Minus von 85 000 M. schloss, falsch sei. Er habe wegen dieser Bilanz beim Handelsgericht geführt, sei aber abgewiesen, weil er die nötige Caution von 10 000 M. nicht aufbringen konnte. Es handelt sich bei diesen Erörterungen hauptsächlich um fachmännische Begriffe, wie Prämien-Reserven, Rätoris u. dgl. Die Aufschlüsselungen des Staatsanwalts und des Angeklagten über die Bilanz stehen sich diametral gegenüber und es wird das Urteil der Sachverständigen abzuwarten sein. — Zu der Anklage, er habe sich durch An- und Verkauf von Actien der Gesellschaft einen Vermögensvorrat verschafft, äußert sich Biermann folgendermaßen. Als er im Jahre 1884 die Direction übernommen habe, sei ein Schaden von 200 000 M. vorhanden gewesen. Der Verwaltungsrath habe denselben durch eine sonda perdu-Zahlung der Actionäre decken wollen. Hierzu sei die Einwilligung aller Actionäre erforderlich. Viele von ihnen seien aber renitent gewesen und so habe denn die Gesellschaft, da sie selbst nach dem Gesetz keine Actien erwerben durfte, ihm nahe gelegt, er solle Actien renitenten Inhaber erwerben und ihm dazu sozor Geld geliehen. Er hat dann 50 Actien erworben, aber nicht zu 200 M. sondern durchschnittlich zu 400 M. Hierzu seien pro Aktie 20 M. a fonds perdu-Zahlung zu leisten gewesen. Verkauf habe er aber nicht zum Preise von 500 M. sondern höchstens zu 650 M. Wenn man nun noch seine Verzinsung des geliehenen Kapitals und die Spesen berechne, könne man ausrechnen, welches Geschäft er bei den Actien gemacht habe. — Neben seine Stellung in der Gesellschaft giebt Biermann an: Er habe 9000 M. Gehalt und 5 p.C. Tantöme vom Reingewinn bezogen. Er habe wegen dieser Tantöme die Prämien-Reserven abgezogen. — Der Präsident fragt ihn, ob der Beamtenetat nicht viel zu hoch gewesen sei. — Angeklagter bestreitet das. — Präsident fragt, ob Angeklagter wisse, dass viele unlautere Elemente unter seinen Beamten angestellt gewesen. So ein mit Zuchthaus-Borsteifster, und ein wegen falschen Spiels abgesetzter Staatsbeamter. — Angeklagter will mit Wissen niemals einen schlechten Beamten angestellt haben. — Präsident: Ist die Lübecker Gesellschaft aus dem deutschen Privatversicherungsverband ausgeschieden worden? — Angeklagter: Sie ist freiwillig ausgetreten. Es war ihr nicht möglich, als junge Gesellschaft alle Sanktionen des Verbands inne zu halten. Sie schädigte dadurch ihre Konkurrenz. — Es wird nun als Zeuge der Angeklagte Meyer vernommen. Derselbe kann nicht alles bestätigen, was Biermann gesagt. Er gibt zu, dass das Geschäft, als Biermann es übernahm, total verlottert war, und dass Biermann sich des Geschäfts mit Energie annahm. Aber er hätte schließlich mehr leisten wollen, als er konnte, und sei so auf abschüssige Wege gekommen. Er habe den Biermann gefragt, warum er sich die große Sorge auferlege, 5 p.C. Dividende zu vertheilen. Die Actionäre würden dadurch nur begehrlicher und würden nächstes Jahr 6 Prozent fordern. — Über die Geschäftsgang sagt Meyer: Die Ordnung sei musterhaft gewesen. Der Beamtenetat sei zuletzt allerdings für die kleine Gesellschaft etwas hoch gewesen. Biermann schildert nun seinerseits den Meyer als einen außerordentlich tüchtigen Beamten. Leider habe derselbe unordentlich gelebt, so dass er schließlich habe entlassen werden müssen. — Der Berichterstatter hat in Obigem nur die Hauptfakten wiedergegeben. Es handelt sich um vielerlei Nebendinge; z. B. warum Biermann das indirekte Geschäft zu sehr bevorzugt habe, warum er den Rechtsanwalt Kobner als ständigen Rechtsbeistand der Gesellschaft mit 4000

felle je nach Wollgehalt 4—5 M., kahle und angewachsene 1—2 M. per Stück. — Von Wildfellen: Rothirsche 1,50—2, Damhirsche bis 1,50, Rehfelle 40—50 Pf. per Stück, Hasenfelle 40—45 Pf. per Stück. (Gerber-Ztg.)

ff. Getreide- etc. Transporte. In der Woche vom 26. Januar bis incl. 1. Februar er. gingen in Breslau ein:

Weizen: 243 000 Kigr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 11 000 Kigr. über die Breslau-Posener Eisenbahn, 10 000 Kigr. von der Warschau-Wiener Eisenbahn über Sosnowice, 18 900 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 101 600 Kigr. über dieselbe von der Oels-Gnesener Eisenbahn, 223 000 Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, 10 000 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Breslau-Warschauer Eisenbahn, 68 100 Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oberschlesischen Eisenbahn, 38 000 Kigr. über die Breslau-Freiburger Eisenbahn, im Ganzen 663 600 Kigr. (gegen 591 400 Kigr. in der Vorwoche).

Roggen: 10 000 Kigr. von der Oberschlesischen Strecke und deren Seitenlinien, 20 000 Kigr. von der Warschau-Wiener Eisenbahn über Sosnowice, 120 000 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 163 400 Kigr. über dieselbe von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, 234 000 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oels-Gnesener Eisenbahn, 91 400 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Breslau-Warschauer Eisenbahn, 6900 Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oberschlesischen Eisenbahn, 15 200 Kigr. über die Breslau-Freiburger Eisenbahn, im Ganzen 660 900 Kilogr. (gegen 854 200 Kigr. in der Vorwoche).

Gerste: 10 000 Kigr. von der Kaiser Ferdinands-Nordbahn über Oderberg, 87 000 Kigr. von der Oberschlesischen Strecke und deren Seitenlinien, 99 000 Kigr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 20 000 Kigr. von der Warschau-Wiener Eisenbahn über Sosnowice, 15 300 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 21 000 Kigr. über die Breslau-Freiburger Eisenbahn, im Ganzen 252 300 Kigr. (gegen 651 400 Kigr. in der Vorwoche).

Hafer: 95 000 Kigr. von der Oberschlesischen Strecke und deren Seitenlinien, 10 000 Kilogr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 73 400 Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 50 600 Kigr. über dieselbe von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, 5000 Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Breslau-Warschauer Eisenbahn, 20 400 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oberschlesischen Eisenbahn, 15 000 Kigr. über die Breslau-Freiburger Eisenbahn, im Ganzen 269 400 Kigr. (gegen 257 000 Kigr. in der Vorwoche).

Mais: 30 000 Kigr. aus Galizien und Rumänien, 10 000 Kilogr. von der Warschau-Wiener Eisenbahn über Sosnowice, im Ganzen 40 000 Kigr. (gegen 175 900 Kigr. in der Vorwoche).

Oelsaaten: 30 000 Kigr. aus Galizien und Rumänien, 20 000 Kigr. von der Oberschlesischen Strecke und deren Seitenlinien, 5000 Kigr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 10 000 Kigr. von der Warschau-Wiener Eisenbahn über Sosnowice, 15 200 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 5100 Kigr. über dieselbe von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, 10 200 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oels-Gnesener Eisenbahn, 10 200 über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oberschlesischen Eisenbahn, im Ganzen 105 700 Kigr. (gegen 160 200 Kigr. in der Vorwoche).

Hülsenfrüchte: 40 000 Kigr. aus Ungarn über Ruttek, 10 000 Kigr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 30 000 Kigr. von der Warschau-Wiener Eisenbahn über Sosnowice, 10 200 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 20 300 Kigr. über dieselbe von der Oels-Gnesener Eisenbahn, im Ganzen 110 500 Kigr. (gegen 70 000 Kigr. in der Vorwoche).

Dagegen gelangten in derselben Woche in Breslau zum Versand:

Weizen: Nichts.

Roggen: 10 200 Kigr. auf der Breslau-Freiburger Eisenbahn, 30 400 Kigr. von der Rechte-Oder-Ufer-Bahn nach der Breslau-Freiburger Eisenbahn, im Ganzen 40 600 Kigr. (gegen 50 900 Kigr. in der Vorwoche).

Gerste: 10 000 Kigr. auf der Breslau-Posener Eisenbahn, 15 200 Kilogramm auf der Breslau-Freiburger Eisenbahn, 40 000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Eisenbahn, im Ganzen 65 200 Kilogramm (gegen 39 000 Kigr. in der Vorwoche).

Hafer: 10 200 Kigr. von der Rechte-Oder-Ufer-Bahn nach der Märkischen Eisenbahn, (gegen 10 100 Kigr. in der Vorwoche).

Mais: 30 000 Kigr. auf der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 51 000 Kilogramm auf der Breslau-Posener Eisenbahn, 20 000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Rechte-Oder-Ufer-Bahn 38 000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Breslau-Freiburger Eisenbahn, 35 000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Eisenbahn, im Ganzen 174 000 Kigr. (gegen 204 000 Kigr. in der Vorwoche).

Oelsaaten: 21 000 Kigr. auf der Oberschlesischen Eisenbahn,

36 000 Kigr. auf der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 25 000 Kigr. auf der Breslau-Posener Eisenbahn, 3000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Breslau-Freiburger Eisenbahn 40 000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Eisenbahn, im Ganzen 125 000 Kigr. (gegen 36 000 Kigr. in der Vorwoche).

Hülsenfrüchte: 9000 Kigr. auf der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, 10 000 Kigr. auf der Breslau-Posener Eisenbahn, 10 000 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Breslau-Freiburger Eisenbahn, 10 900 Kilogramm von der Oberschlesischen nach der Märkischen Eisenbahn, im Ganzen 39 000 Kigr. (gegen 26 600 Kigr. in der Vorwoche).

*** Vom Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt.** Aus Dortmund wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: In der Eisenindustrie herrschte anhaltend eine rege Nachfrage, wobei die Preise nach wie vor fest blieben. Im Handel mit heimischen Eisenwaren zeigt sich andauernd ein zunehmender Bedarf und die Gruben sind bis in die zweite Hälfte des laufenden Jahres zu guten Preisen ausverkauft. Im Rohseigengeschäft ist es ruhiger geworden, da die Käufer ihren Bedarf vielfach für längere Zeit gedeckt haben und die Verkäufer mit Rücksicht auf die steigenden Kohlen- und Cokespreise mit weiteren Abschlüssen nicht eilig sind. Das Walzeisengeschäft hat den regen Verkehr der Vorwochen beibehalten, besonders mehren sich die Anfragen für das Ausland, namentlich für Holland und Belgien. Die Preise für Stabeisen, Bandeisen, Formeisen und Bleche sind fest und unverändert geblieben. Im Drahtgeschäft fehlt es zwar nicht an befriedigender Beschäftigung, aber die Preise sind, obgleich sie neuerdings wieder um 10 M. pro Tonne höher gehalten werden, wenig lohnend. Die Stahlwerke sind anhaltend flott beschäftigt und mit Aufträgen, insbesondere auch in Eisenbahnmateriel, reichlich versehen. Die Preise sind fest und steigend. Die Maschinenfabriken, Wagenbau-Anstalten und Eisengiessereien befinden sich in reger Thätigkeit und ebenso die Kleineisenzeug-Fabriken, Kesselschmieden und Constructions-Werkstätten. Im Kohlengeschäft erhält sich eine rege Nachfrage und sind bereits umfangreiche Abschlüsse bis Ende d. J. und weiter bis Ende Juni n. J. zu gegenwärtigen Notirungen zu Stände gekommen.

*** Warrantpreise in Glasgow.** Von 66 sh für die Tonne sind die Preise bis auf 53 sh 11 d zurückgegangen. In englischen Berichten wird dieser Rückschlag theils als eine Folge der speculativen Uebertreibung, theils als Wirkung einer Ueberproduktion betrachtet. Wahrscheinlich hat dazu die jüngst schon erwähnte Entschließung schottischer Banken mitgewirkt, welche bisher Warrants beliehen hatten mit der Clause einen Nachschuss fordern zu dürfen, neuerdings aber das Recht beanspruchen, auch ohne vorgängige Aufforderung zum Nachschuss das Unterpfand zwangswise verkaufen zu dürfen. In Folge dessen haben manche Vorschussnehmer sich nach London gewendet, doch mag auch das neue Verlangen viele Speculanter stutzig gemacht haben. Der Rückgang war besonders am vorigen Mittwoch sehr stark. Nach dem Londoner „Econom.“ waren grosse Engagements noch in der Schwebe, die nächste Woche fällig werden und grosse Differenzen erfordern, Posten, von denen einzelne sich auf 70 000 bis 80 000 T. Hematite-Eisen belaufen. Ein Theil der Verkäufer realisierte mit Gewinn, ein anderer, der erst zu Beginn des Jahres gekauft hat, erleidet 8 bis 10 sh auf die Tonne Verlust. Von einigen Producenten werde zugestanden, dass die Preissteigerung zu hastig war. Ob die Hoffnung sich realisieren wird, dass der zeitweise Preisrückgang den Begehr wieder auflösen machen werde, bleibt abzuwarten. Gegenüber dem Rückgang der Läden von Connal um etwa 127 000 T. behauptet übrigens das genannte Blatt, dass die Vorräthe in Privathänden seit Weihnachten gestiegen seien.

Ausweise.

Petersburg, 4. Februar. [Ausweis der Reichsbank vom 3. Februar n. St.º]

Kassenbestand	57 991 000 Zun.	12 687 000 Rbl.
Discontire Wechsel	26 527 000 Abn.	212 000 -
Vorschüsse auf Waren	653 000 Zun.	89 000 -
Vorschüsse auf öffentliche Fonds	4 242 000 Abn.	70 000 -
Vorschüsse auf Actien u. Obligationen	13 203 000 Abn.	17 000 -
Contocurrent des Finanzministeriums	113 363 000 Zun.	24 000 -
Sonstige Contocurrenten	38 333 000 Zun.	1 684 000 -
Verzinsliche Deposits	27 217 000 Abn.	24 000 -

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 27. Januar.

Submission.

■ Jauer, 3. Febr. Auf die Ausschreibung der Kohlenlieferung für die Gasanstalt (ca. 17 000 Centner) und der Kohlenlieferung für das städtische Wasserwerk war nur eine einzige Offerte von der Firma C. Kulmz eingegangen. Dieselbe erhielt den Zuschlag für Stückkohle (Glückhilfgrube) pro Centner für 87 Pf. loco Gasanstalt und Waldenburger Förderkohle (Fuchsgruben) pro Centner für 63 Pf.

loco Wasserwerk. Vor zwei Jahren wurden für dieselbe Sorte Stückkohle nur 68½ Pf. pro Centner bezahlt.

Schiffahrtsnachrichten.

Gross-Glogau, 4. Febr. [Original-Schiffahrtsbericht von Wilhelm Eckersdorff.] Bericht über die durch die hiesige Oderbrücke passirenden Dampfer und Kähne vom 31. Januar bis 3. Februar. Am 31. Januar: Dampfer Edward Zimmermann, Gurschen, mit Mauersteine, von Köben nach Glogau. 4 Kähne, mit 12 800 Ctr. Güter, von Breslau nach Stettin. Am 1. Februar: 2 Kähne, mit 5800 Centner Güter, von do. nach do. Am 2. Februar: Dampfer Wilhelm Nowotnick, Boyjadel, mit 2000 Ctr. Zucker, von do. nach do. Dampfer Hermann Soil, Neusalz, mit 2000 Ctr. Zucker, von do. nach do. Dampfer Hermann Altmann, Radschütz, mit 2000 Ctr. Zucker, von do. nach do. Dampfer Amalie, leer, von do. nach do. 2 Kähne, mit 4500 Ctr. Güter, von do. nach do.

Familiennachrichten.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Mittmeister Guido von Löbenstein, Hannover. Herrn Amtsrichter Stahn, Ruhland. — Eine Tochter: Herrn Regierungs-Baumeister Grimke, Berlin.

Gestorben: Kal. Preuß. Kammerherr Herr Ottokar v. Wittenhoff, Erbherr auf Secher und Seedorf. Herr Major Alfred Schuster, Gumbinnen. Herr Regierungs-Baumeister Johannes Pahl, Breslau. Herr Pfarradministrator Oscar Harmuth, Koerke.

Neu erschienen:
Postbuch
für [1678]
Breslau.

Preis 40 Pf.
Zu haben in allen Buchhandlungen.

Ein Rind,

geistig zurückgeblieben oder sprachlos, findet Unterr. u. liebev. Pflege bei einem erf. Heilpädagogen in Breslau. Renten 100 M. monatl. Off. int. F. P. 41 Brief. Bresl. Zeitung. [2090]

Specialité.

Familien-Anzeigen aller Art, Einladungs-Karten, Menu, Ehren-Bürger-Briefe, Adressen, Ehren-Mitglieds-Diplome f. Vereine, Kaufmänn. u. Landwthsch. Formulare in einfacher u. eleganter Ausstattung. Artif. Inst. M. Spiegel, Breslau.

Augekommene Fremde:

„Helmemanns Hotel zur goldenen Gans.“	Kässner, Kfm., Prag.	Sieber, Pastor, Anhalt.
Bernspreechstelle 688.	Jäger, Kfm., Darmstadt.	Görlich, Kfm., Banzlau.
Wahlen, Fabr., Cöln a. Rh.	Hôtel du Nord.	Wolf, Kfm., Dresden.
Delling, Kfm., Hamburg.	Neue Taschenstraße 18.	Teichert, Kfm., Liegnitz.
Gräbe, Kfm., Herford.	Bernspreechstelle 499.	Voigt, Regier.-Baumeister.
Dominich, Kfm., Guhrau.	Baron v. Dewitz, Gutbes.	• Javolschka.
Steinbach, Kfm., Wittgendorf.	Oppreichen.	Janke, Kfm., Leipzig.
Lamy, Kfm., Hanau.	Wittenberg.	• Potkonig, Kfm., Görlitz.
Jortzorect, Neustadt OS.	Neuweiden.	Hundtmann, Glaser, n. Gem.,
Hes., Kfm., Frankfurt a. M.	Gebr. Röhr, Berlin.	Fr. Schweidnitz.
Zickel, Kfm., Berlin.	Dr. Bloch, Arzt, Beuthen OS.	Großstädt., Breslau.
Jacoby, Kfm., Berlin.	Brandt, Güterbdr., Leobschütz.	Hôtel de Rome, Albrechtsstraße Nr. 17.
Böhlseder, Kfm., Leipzig.	Weiß, Fabrik, Hilchenbach.	Bernspreechst. 777.
Hôtel weisser Adler, Schlauderstr. 10/11.	Ziebler, Kfm., Kosten.	Sommerfeld, Ober-Amtm.
Fernspreechst. Nr. 201.	Neuwirth, Kfm., Ungarn.	Gr. Wartenberg.
Baron v. Kessel, Et. u. Rbf.	Günis, Bahnh.-Restaurateur,	Szafranek, Propst, Wyszkow.
v. Basse, Mittm. u. Rbf.	Naade.	Klösel, Kfm., n. Gem.,
v. Böhlborn, Kgl. Maschinen-Inspecteur, Bromberg.	Kel. Rohn, Berlin.	Gr. Peterowitsch.
v. Sameki, Major d. u. Nbf.	Hôtel z. deutschen Hause, Abrechtsstr. Nr. 22.	Grunwald, Weingroßherr.
v. Nagel, Rafftrock.	Herrnspreechanschluss Nr. 920.	Modlouw.
Olearius, Geh. Reg.-Rath u. Landrat, Neidenbach.	v. Kobylecki, Rent., Wohlau.	Danziger, Kfm., Modlouw.
Schmid, Kfm., Stuttgart.	Neumann, Brauereibes.	Klinert, Kfm., Berlin.
Schmitz, Kfm., Leipzig.	Langenbielau.	Brodbac, Kfm., Amsterdam.
Scharnweber, Kfm., Berlin.	Wartsch, Ober-Amtm., n. T.	Mai, Kfm., Peterswaldau.
Verstoy, Kfm., Leipzig.	Wirtz, Kfm., Berlin.	Hermann, Kfm., Oppeln.

Courszettel der Breslauer Börse vom 5. Februar 1890.

Amtliche Course (Course von 11—12½ Uhr).

Deutsche Fonds.	vorig. Cours.	heutiger Cours.	Börsen-Zinsen 4 Prozent. Ausnahmen angegeben.

<tbl_r cells